

**Rede
der Sprecherin für Haushalt und Finanzen**

Frauke Heiligenstadt, MdL

zu TOP Nr. 15 und 16 – Erste Beratungen

**15) Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des
Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und
2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/9720 neu

16) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU -
Drs. 18/9885

während der Plenarsitzung vom 15.09.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der vorgelegte Doppelhaushalt ist ein Haushalt, der nach wie vor sehr stark von den Maßnahmen geprägt ist, die sich infolge der Corona-Pandemie ergeben haben. Zugleich ist es aber auch ein Haushalt, der mit Maß und Mitte versucht, die deutlichen Einschnitte, die die Corona-Pandemie hinterlassen hat, abzufedern und gleichzeitig neue politische Prioritäten auszubauen.

Vor der Corona-Pandemie verzeichnete Niedersachsen ein ständiges Wirtschaftswachstum, welches stärker war als im gesamtdeutschen Durchschnitt, steigende Beschäftigungszahlen und eine zurückgehende Arbeitslosigkeit. In der Folge der Bekämpfung der Corona-Pandemie hat sich Niedersachsen nun so hoch verschuldet wie nie zuvor. Wir erinnern uns: der erste Nachtragshaushalt 1,4 Milliarden Euro, der zweite Nachtragshaushalt 8,4 Milliarden Euro. Diese Nachträge und die damit erbrachten politischen Lösungen haben massiv dazu beigetragen, die Folgen der Pandemie stark abzufedern. Unzählige Förderprogramme und Richtlinien wurden entwickelt, um die Folgen der Pandemie für Wirtschaft, Kultur, Bildungseinrichtungen, Vereine, das gesamte gesellschaftliche Leben, die das Virus ausgelöst hat, zu mindern. Und wir dürfen uns nicht täuschen: Wir werden auch noch weiterhin Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie finanzieren müssen.

Seitens der Opposition, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man natürlich an diesen Maßnahmen und deren Finanzierung grundsätzlich Kritik üben. Das ist auch Aufgabe der Opposition. Aber es muss doch möglich sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fakten in Niedersachsen zur Kenntnis zu nehmen und auch zu würdigen. Wir in Niedersachsen müssen uns wahrlich nicht verstecken, sondern wir verstehen es auch, Krisen zu meistern.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt wieder Fahrt auf. Die niedersächsische Industrie beispielsweise hat sich als sehr krisenfest erwiesen und konnte insbesondere mithilfe des erweiterten Kurzarbeitergeldes optimistische Perspektiven entwickeln. Dieses erweiterte Kurzarbeitergeld wurde in der sogenannten Eurokrise vom damaligen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz entwickelt. Der jetzige Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat es weiterentwickelt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Grundstein für eine positive wirtschaftliche Entwicklung auch aus der Krise heraus.

Nicht zuletzt hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz jetzt auch massiv dafür gesorgt, dass der Bund die Länder unterstützt. Denn sonst hätten wir bei Weitem nicht den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst schließen können. Auch dafür sind wir dem Bund zu Dank verpflichtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser Haushalt ist aber auch deshalb ein besonderer Haushalt - mich wundert, dass auch seitens der Opposition niemand richtig darauf hingewiesen hat oder darauf eingegangen ist -, weil dieser Doppelhaushalt der letzte Haushalt in dieser Legislaturperiode ist. Es geht nämlich um die Haushaltsjahre 2022/2023. Da ist es sicherlich angebracht, auch einmal Bilanz zu ziehen und zu schauen, ob die Koalition das, was sie sich im Koalitionsvertrag vorgenommen hat, tatsächlich umgesetzt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ich muss hier keinen Nachhilfeunterricht erteilen, aber ich hätte einmal in den Koalitionsvertrag hineingeschaut. Allerdings hätten Sie hineingeschaut, hätten Sie im Zweifelsfall feststellen müssen, dass wir eine ganze Menge umgesetzt haben - trotz Corona-Pandemie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich will jetzt einmal auf ein paar Themen eingehen.

Bessere Bildungschancen für alle Kinder in Niedersachsen schaffen: Wir haben mehr Ganztagschulen. Für das Schuljahr 2021/2022 gehen 31 neue Ganztagschulen an den Start. 1.890 Ganztagschulen sind unter den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen. Das sind 73,5 Prozent aller öffentlichen allgemeinbildenden Schulen. Das ist ein Riesenerfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist sozial gerechte Politik.

Wir haben mit diesem Haushalt die Finanzierung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zusätzlich noch einmal verstärkt. Etwa 115 Grundschulen und 15 Gymnasien haben im letzten Jahr zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte bekommen. Derzeit sind ca. 1.400 sozialpädagogische Fachkräfte an den niedersächsischen Schulen im Landesdienst. Das wird finanziert trotz Pandemie-Haushalt und der entsprechenden Entwicklung. Das ist sozial gerechte Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zur besseren Bildung tragen auch die Kitas bei, Stichwort „frühkindliche Bildung“. Wer weiß das besser als unser Kultusminister! Wir haben die Beitragsfreiheit in den Kitas eingeführt. Insgesamt finanzieren wir mit diesem Doppelhaushalt und dem vorangegangenen Haushalt in dieser Legislaturperiode 1,4 Milliarden Euro für die Gebührenfreiheit in den Kitas. Damit entlasten wir Monat für Monat Eltern in Niedersachsen und tragen erheblich zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Das ist gut so. Und das ist gute Familienpolitik.

Wir haben aber nicht nur die Beitragsfreiheit in den Kitas eingeführt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin überaus glücklich darüber, dass es uns mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 mit aufwachsender Bereitstellung gelingt, auch

die Zahl der Plätze in den Kindertagesstätten weiter auszubauen und nach der Einführung der dritten Kraft in den Krippen nun auch den Startschuss für die Finanzierung der dritten Kraft bei den über Dreijährigen hier geben zu können. Das Fundament dafür ist gelegt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und lassen Sie mich vielleicht auch eine persönliche Anmerkung machen: Seitdem ich diesem Parlament angehöre, seit 2003, ist mir der Ausbau in der frühkindlichen Bildung ein besonderes Herzensanliegen. Dass wir das 2015/2016 mit der dritten Kraft in den Krippen hinbekommen haben und es jetzt mit der dritten Kraft in den Kitas hinbekommen, ist wirklich ein Meilenstein. Das ist nicht nur für mich persönlich ein Erfolg, sondern für die gesamte SPD-Fraktion und für die Landesregierung und die Koalition.

Wir finanzieren aber auch zusätzlichen Fachkräftenachwuchs. Dafür stellen wir Geld zur Verfügung - im Übrigen sind es allein seit 2013 500 zusätzliche Ausbildungsplätze -, allein für die zusätzliche Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in sozialpädagogischen Fachschulgängen noch 2 Millionen Euro ab 2019 und ab 2020 sogar 5 Millionen Euro.

In der Bildung finanzieren wir aber noch Weiteres. Der DigitalPakt Schule erhält 470 Millionen Euro vom Bund, und 52 Millionen Euro erhalten die Schulen vom Land, also 522 Millionen Euro für digital gut ausgestattete Schulen.

Herr Birkner, es tut mir leid, Sie sagen, zum Thema Digitalisierung passiere hier nichts. Das ist wirklich etwas. Da haben Sie sich scheinbar den Haushalt nicht angeschaut.

Diese Zahlen scheinen Ihnen wohl nicht bekannt zu sein, meine sehr verehrten Damen und Herren der FDP.

Der Kollege Thiele hat schon darauf hingewiesen, und als SPD liegt uns natürlich genauso wie auch der CDU das vergünstigte Schülerticket am Herzen, das wir mit 30 Millionen Euro zusätzlich in diesem Doppelhaushalt finanzieren. Schülerinnen und Schüler und Auszubildende sollen sich keine Sorgen mehr darüber machen, wie sie sich den öffentlichen Personennahverkehr leisten können. Wir entlasten mit dieser Maßnahme nicht nur die jungen Menschen, wir wollen damit natürlich auch den ÖPNV insgesamt attraktiver machen und zum Klimaschutz beitragen. Konkret: Schülerinnen und Schüler und Azubis sollen ab Januar 2022 entsprechende Karten zu einem maximalen Einführungspreis von 30 Euro pro Monat im Jahresabo erhalten können. Allen an diesem Projekt Beteiligten - vom Wirtschaftsminister über den Kultusminister bis zum Finanzminister - möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich Danke sagen.

Der zweite Themenschwerpunkt im Koalitionsvertrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, war es, für mehr Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu sorgen. Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat stärken.

„Die Durchsetzung von Recht und Gesetz ist eine zentrale Aufgabe des Staates.“ So steht es im Koalitionsvertrag. Wir haben das Personal bei Justiz und Polizei gestärkt.

Und wer hier etwas anderes behauptet, sehr geehrter Herr Birkner, der irrt.

Ich empfehle einmal eine Zahl im Haushalt. Wenn man im Haushalt auf den Stellenplan bei der Polizei schaut, stellt man fest, dass es 2016 18.148 Stellen waren. Jetzt haben wir 19.341 Stellen. Es waren noch nie so viele Polizeistellen wie in diesem Doppelhaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Insoweit ist das, was Sie hier behaupten, unredlich, sehr geehrter Herr Birkner.

Wir haben nicht nur das Personal entsprechend gestärkt, wir haben auch die Mittel für die Ausrüstung der Polizei deutlich erhöht. Allein die Mittel für neue Helme sind da z. B. zu nennen oder zwei neue Polizeihubschrauber, die mit diesem Haushalt entsprechend bestellt und finanziert werden können. Auch das ist wichtig und richtig. Weitere Aufgaben, die der Innenminister sehr verantwortlich bearbeitet, sind die Bekämpfung des Terrorismus und der Internetkriminalität genauso wie gemeinsam mit der Justizministerin das Thema Kindesmissbrauch. Auch dort haben wir entsprechend investiert und werden das mit dem Haushalt auch fortsetzen. Dafür ganz herzlichen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

damit haben wir, denke ich, sehr gut deutlich machen können, dass wir auch in diesem Themenfeld viele Bereiche aus dem Koalitionsvertrag bearbeitet haben.

Ich erinnere noch einmal daran: Wir haben auch fast zwei Jahre Pandemie in diesem Land. Ich selbst war sehr erstaunt, dass wir auch in diesem Bereich schon so viel aus dem Koalitionsvertrag haben abarbeiten können.

Ein weiteres Ziel im Koalitionsvertrag war, Innovation, gute Arbeit und qualifizierte Beschäftigung zu fördern.

Als Beispiele kann ich da nennen, dass wir die Start-up-Förderung ausgebaut haben, zahlreiche Programme zur Unterstützung der Unternehmen in Niedersachsen aufgelegt haben, das Handwerk stets im Blick gehabt haben, z. B. mit der Fortsetzung der Finanzierung der Meisterprämie, und das auf den

Industriemeister übertragen haben. Auch das ist sozial gerechte und wirtschaftsfreundliche Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

meiner Meinung nach sind Investitionen in Bildung, Sicherheit und Wirtschaft die Basis für den ökonomischen Erfolg und die technischen Innovationen in unserem Land.

Wenn Herr Birkner jetzt sagt, dass wir zum Thema Digitalisierung nichts in diesem Haushalt hätten und dass er eine Bankrotterklärung sei, dann erinnere ich beispielhaft an den Handlungsplan „Digitale Verwaltung“. Allein in diesem Doppelhaushalt - Herr Birkner, Sie können ja noch einmal hineingucken; Sie haben noch ein bisschen Zeit, bis wir im Dezember den Haushaltsplan beschließen werden -, sind 200 Millionen Euro für das Thema „Digitale Verwaltung“ bei Innenminister Boris Pistorius vorgesehen.

Wir haben z. B. 1 Million Euro Förderung für das PraxisLabor Digitaler Ackerbau im Landkreis Helmstedt vorgesehen. Auch Projekte der Sozialministerin im Bereich der Gesundheitswirtschaft könnte man nennen.

Apropos Sozialministerium: Im Verantwortungsbereich des Sozialministeriums sind nicht nur die digitalen Projekte zu nennen.

Die Pandemie hat uns allen noch einmal ganz deutlich gezeigt, wie leistungsfähig unser Gesundheitssystem ist, aber beispielsweise auch, dass wir unseren Krankenhäusern mehr Unterstützung zukommen lassen müssen. Deshalb ist es auch für die SPD-Fraktion ein wichtiges Signal, dass wir jetzt die Finanzierung der Krankenhäuser von 120 auf 150 Millionen Euro anheben können. Auch hier gibt es 30 Millionen Euro zusätzlich für eine ganz wichtige, zentrale Aufgabe in unserem Land, die Gesundheitsversorgung.

Gut ist auch, dass wir mit diesem Haushalt die Schulgeldfreiheit in der Ausbildung von Pflegeassistenten auf den Weg bringen, dass wir in der Konzertierte Aktion Pflege, KAP.Ni, mehr Ausbildungsplätze für Pflegeassistenten und auch mehr Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen. Das ist sozial gerechte Politik in Niedersachsen mit solider Finanzpolitik. Danke an Sozialministerin Behrens für die Unterstützung in diesem Bereich!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein weiteres Ziel des Koalitionsvertrages war die Sicherung der Infrastruktur. Wir investieren auf hohem Niveau, allein in diesem Doppelhaushalt 150 Millionen Euro. Ich nenne nur drei Hochbaumaßnahmen: den Neubau des

Technikzentrums des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz - so viel zu der Behauptung, beim Katastrophenschutz passiert nichts, Herr Birkner -, die Erweiterung der Magazinflächen der Landesbibliothek Oldenburg, den Neubau der Sporthalle des Niedersächsischen Internatsgymnasiums Esens. Wir investieren auch in die energetische Sanierung von Liegenschaften.

Damit komme ich zu einem weiteren Stichwort: Die energetische Sanierung ist natürlich ein wichtiges Thema im Bereich des Klimaschutzes. In diesem Haushalt gelingt es uns, die Finanzierung des „Niedersächsischen Weges“ mit umfangreichen Klimaschutzmaßnahmen weiter finanziell abzubilden. Zu nennen sind da z. B. die Steigerung des Ökolandbaus, die Reduktion chemischer Pflanzenschutzmittel und die Maßnahmen für die Insektenvielfalt, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ziel des Koalitionsvertrages war nicht zuletzt:

„Das moderne Niedersachsen schafft Perspektiven für das ganze Land

Unsere Städte und Gemeinden sind Dreh- und Angelpunkt unseres täglichen Lebens. Wir werden sie bei der Erledigung ihrer Aufgaben nach Kräften unterstützen und die Lebensqualität sowohl in den Städten als auch auf dem Land verbessern.“

Hierzu hat unsere Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung ein Programm mit 117 Millionen Euro aus EU-Mitteln entwickelt, das von den Kommunen sehr gut angenommen wird. 207 Kommunen in Niedersachsen haben sich beteiligt. Wir sind Ministerin Birgit Honé sehr dankbar für dieses Programm. Auch das ist natürlich eine Fördermaßnahme, die finanziert und mit Personal im zuständigen Ministerium und in den entsprechenden Organisationen unterlegt werden muss. Das ist wichtige, kommunalfreundliche Politik und gut für unser Land.

Über das Stichwort „verantwortungsvolle und solide Finanzpolitik“ ist heute schon in der aktuellen Stunde an der einen oder anderen Stelle diskutiert worden, auch über das Thema Schuldenbremse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Pandemie wird sich in der mittelfristigen Finanzplanung weiterhin abbilden, ist aber nicht die einzige Belastung, die wir gemeinsam zu stemmen haben. Wir haben auch globale Minderausgaben zu erwirtschaften; da müssen wir erhebliche Einsparverpflichtungen eingehen. Auch der größtenteils durch Corona

verursachte Rückgang der Steuereinnahmen schlug und schlägt ins Kontor, ebenso die Pflicht, die aufgenommenen Kredite ab 2024 zu tilgen.

Ich bin daher sehr froh darüber, dass die Schuldenbremse in der Form, wie wir sie in der Niedersächsischen Verfassung haben, es nicht nur zulässt, Maßnahmen bei besonderen Katastrophenfällen zu finanzieren, sondern auch einen Konjunkturbereinigungsmechanismus vorsieht, mit dem wir bei konjunkturellen Abschwüngen wichtige Investitionen in Niedersachsen finanzieren können. Denn auch wir haben hier Verbindlichkeiten zu bedienen. Es ist ein nicht ganz kleiner Anteil, den wir hier zukünftig zu bedienen haben.

Selbstverständlich bleibt der Bedarf an Investitionen. Wir kommen deshalb mittelfristig nicht umhin, rechtssichere Instrumente zu schaffen, die uns neue Handlungsspielräume ermöglichen. Unter keinen Umständen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dürfen wir die Substanz des Landes verfallen lassen.

Mehr denn je erfordert die Lage von uns allen, die Herausforderungen unserer Zeit pragmatisch und lösungsorientiert anzugehen. Meine Fraktion favorisiert deshalb u. a. die Pläne des DGB - die SPD hat zum Teil daran mitgearbeitet -, einen sogenannten Niedersachsen-Fonds aufzustellen, um den niedersächsischen Kapitalstock ohne die Gefahr unkontrollierter Verschuldung zu reformieren und weitere Investitionen auslösen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der nun vorliegende Haushaltsplanentwurf zeichnet sich durch eine sehr deutliche Handschrift aus. Es ist möglich, wesentliche Strukturen in allen Bereichen zu erhalten und auszubauen. Gleichzeitig können wir die Finanzierung politischer Prioritäten fortsetzen und sogar noch neue Prioritäten angehen.

Ein modernes und leistungsfähiges Niedersachsen zu schaffen, verlangt die Fähigkeit zu einer pragmatischen Politik, die auf einen fairen Interessenausgleich setzt und selbst in Wahlkampfzeiten über Parteigrenzen hinweg die gesamte Gesellschaft im Blick hat.

Die SPD hat das in den letzten Jahren in der Großen Koalition mit der CDU in Niedersachsen auf den Weg gebracht, mit Verantwortung, mit Leidenschaft, mit Augenmaß. Ich denke, dass es uns mit der Pandemie - man kann auch sagen: trotz der Pandemie - und unter schwierigen Rahmenbedingungen gut gelungen ist, viele Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag jetzt schon umzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.